



Presseschau vom 09.11.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-Rinfo*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipp:

Valentin Raskatov: Die Energietoten: Welche Stromquelle ist am gefährlichsten?
<https://sptnkne.ws/AsXW>

vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden einmal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt, teilte die Vertretung der LVR im GZKK mit.

Beschossen wurde das Gebiet von **Nishneje Losowoje**.
Geschossen wurde mit Antipanzergranatwerfern.

de.sputniknews.com: **Bolivians Präsident warnt vor Staatsstreich**

Der bolivianische Präsident Evo Morales hat vor einem seiner Ansicht nach drohenden Staatsstreich gewarnt und das Volk des Landes zum Zusammenschluss aufgerufen.

„Brüder und Schwestern, unsere Demokratie wird von einem Staatsstreich bedroht, den Gruppen von aggressiven Personen organisieren wollen, die sich an der Verfassungsordnung vergreifen. Im Angesicht der Völkergemeinschaft weisen wir diesen Anschlag auf den Rechtsstaat entschieden zurück“, schrieb Morales auf seiner Twitter-Seite.

Zuvor hatten die Behörden erklärt, sie beabsichtigten nicht, Truppen in die von Unruhen zerrissenen Städte Santa Cruz, Sucre und Cochabamba zu schicken, in denen sich Polizisten

den Protestteilnehmern angeschlossen hätten. Die Regierung hat der Armee jegliche Operation verboten, Morales berief eine Sonderberatung ein. Wie die Polizeileitung berichtete, gebe es keinen Aufruhr unter den Polizeiangehörigen.

Die Proteste in Bolivien waren nach der Stimmenauszählung bei den Präsidentschaftswahlen am 20. Oktober ausgebrochen und halten seitdem an.

Nach Angaben des Obersten Wahlgerichts Boliviens hat der amtierende Präsident Morales gleich im ersten Wahlgang gesiegt. Sein Haupttrivale Carlos Mesa hat die Auszählungsergebnisse nicht anerkannt.

Morales betrachtet die Massenproteste im Land als einen Umsturzversuch der rechten Kräfte, die mit seiner Wiederwahl unzufrieden seien.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32242/73/322427307.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 8. November 3:00 Uhr bis 9. November 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 11. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Krutaja Balka, Wasiljewka, Mineralnoje, Spartak, Losowoje, Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Staromichajlowka, Kominternowo, Leninskoje.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Zerstörungen an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 22.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 246.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Heftige Proteste in Chile: Universitätsgebäude in Santiago in Brand gesteckt

Die Universität Pedro de Valdivia im Stadtzentrum von Santiago ist vor dem Hintergrund der

anhaltenden Proteste in Chile geplündert und in Brand gesteckt worden, teilte der Fernsehsender 24 Horas mit.

Auf einem Video ist das brennende Universitätsgebäude unweit der Plaza Italia zu sehen, wo eine Großkundgebung stattfindet.

Bei den Löscharbeiten waren 18 Feuerwehrteams eingesetzt. Einer der Feuerwehrleute erlitt Verletzungen.

Die Universitätsleitung besichtigt derzeit die Brandstätte, um den verursachten Schaden einzuschätzen.

In den letzten Wochen finden in ganz Chile Massenproteste statt, die oft in Unruhen und Auseinandersetzungen mit der Polizei münden. Anlass war die Fahrpreiserhöhung für die U-Bahn von 800 auf 830 Pesos. Im Januar hatte es bereits eine Preiserhöhung von 20 Pesos gegeben.

Nach den schweren Ausschreitungen in Santiago hatte Chiles Staatschef Sebastián Piñera den Ausnahmezustand über die Stadt verhängt. Für mehrere Nächte in Folge galt ein Ausgehverbot.

Es gab auch Angriffe auf U-Bahn-Stationen. Nach Angaben der Metroverwaltung wurden alle 164 Stationen in der Stadt attackiert. Die Schäden sollen sich auf umgerechnet 630.000 Euro belaufen.

`<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/8riv29_jsbw" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>`

https://youtu.be/8riv29_jsbw

nachmittags:

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Trennung am Abschnitt bei Prtrowskoje

13:01 Uhr: Um 13 Uhr (Moskauer Zeit) hat die Volksmiliz der DVR eine weiße Signalrakete gestartet, um ihre Bereitschaft zur Wiederaufnahme der Trennung am Abschnitt im Gebiet von Petrowskoje anzuzeigen.

13:02 Uhr: Die ukrainische Seite hat auch eine weiße Signalrakete gestartet, um ihre Bereitschaft zur Wiederaufnahme der Trennung am Abschnitt im Gebiet von Petrowskoje anzuzeigen.

13:10 Uhr: Die Volksmiliz hat eine grüne Signalrakete gestartet. Nach einem erwiderten Start einer grünen Rakete durch die ukrainische Seite wird der praktische Teil der Maßnahmen zur Beseitigung der von der OSZE-Mission festgestellten Verstöße, der Abzug und Waffen und bewaffneten Personen aus dem Trennungsabschnitt, synchron und spiegelbildlich beginnen.

13:15 Uhr: Die ukrainische Seite hat eine grüne Signalrakete gestartet. Die Vertretung der DVR im GZKK begrüßt den Beginn des Abzugs der von der OSZE-Mission festgestellten Waffen und bewaffneten Personen aus dem Trennungsabschnitt 20 Monaten nach die die OSZE-Mission die ersten Verstöße von Seiten der BFU am Trennungsabschnitt Nr. 3 festgestellt hat.

13:24 Uhr: Der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Generalmajor Ruslan Jakubow hat den Befehl „Abzug“ gegeben, was den Beginn des Abzugs der Einheiten der Volksmiliz bedeutet.

13:29 Uhr: Die OSZE-Mission hat mitgeteilt, dass auf der ukrainischen Seite ein entsprechender Befehl erfolgt ist, der Abzug der Waffen hat begonnen. Die Mission stellt Bewegung von Schützenpanzern fest.

15:24 Uhr: Angesichts der unerheblichen Verstöße von unserer Seite wurde der Abzug des Personals der Volksmiliz der DVR heute gegen 15:00 Uhr vollständig abgeschlossen. Nach

Mitteilung von Beobachtern der Mission hat die ukrainische Seite auch den Abschluss der praktischen Maßnahmen am heutigen Tag bekannt gegeben. Aber sie benötigen noch zwei Tage, um alle Verstöße zu beseitigen.

Die Vertreter der DVR im GZKK und die OSZE-Mission haben den Trennungsabschnitt verlassen.

Dnronline.su: **Erklärung der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa**

Heute, am 9. November, hat entsprechend des zuvor von der Kontaktgruppe bestätigten Zeitplans die Etappe der praktischen Handlungen zur Beseitigung der Verstöße bei der Trennung von Kräften und Mitteln am Pilotabschnitt „Petrowskoje-Bogdanowka“ begonnen. Von beiden Seiten wurden alle entsprechenden Raketen als Signal der Bereitschaft, mit der Wiederaufnahme der Trennung zu beginnen, gestartet. So kann der Prozess der Beseitigung der Verstöße am Abschnitt „Petrowskoje-Bogdanowka“, wo bereits 2016 eine Trennung der Seiten stattgefunden hatte, als begonnen betrachtet werden, dabei muss er innerhalb von drei Tagen nach seinem Beginn abgeschlossen werden.

Wir begrüßen die Tatsache, dass die ukrainische Seite endlich mit der Realisierung der praktischen Handlungen zur Umsetzung der in Minsk erreichten Vereinbarungen beginnen konnte. Im Fall, dass Kiew den Prozess der Beseitigung der Verstöße vollständig durchführen können, wird dies ein positiver Schritt zu Deeskalation des Konflikts sein.

de.sputniknews.com: **Assad wirft Europa Unterstützung von Terroristen vor**

Syriens Präsident Baschar Assad hat in einem Interview mit dem Fernsehsender RT Europa der Unterstützung von Terroristen und der Angst vor Flüchtlingen bezichtigt und dies als doppelzüngige Haltung eingestuft.

Beim Konflikt seien mehrere Millionen Menschen aus Syrien in die Türkei geflüchtet, unter ihnen hätten sich auch Extremisten befinden mögen, so Assad. Europa habe Angst vor dem türkischen Präsidenten Tayyip Erdogan und brauche ihn zugleich, damit verhindert werde, dass die Flüchtlinge weiter nach Westen kommen würden, sagte Assad.

"Am Gefährlichsten für Europa ist es, den Terrorismus in Syrien zu unterstützen.(...) Das ist Doppelzüngigkeit: Wieso fürchten Sie sich vor diesen mehreren Millionen, von denen die meisten gemäßigt sind. Nur einzelne Terroristen gehören dazu. Wieso unterstützen Sie diese Terroristen direkt?", so Assad.

In Syrien dauert seit 2011 ein bewaffneter Konflikt an. Russland, der Iran und die Türkei haben sich als Garanten der Waffenruhe in den Regelungsprozess eingeschaltet. In diesem Zeitraum hat es Syrien faktisch vermocht, die Terroristen zu besiegen und eine politische Regelung, die Rückführung der Flüchtlinge und den Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Infrastruktur einzuleiten. Es wurde ein Verfassungskomitee gebildet, in dem auch die Opposition vertreten ist. Die erste Sitzung des Komitees hat am 30. Oktober in Genf stattgefunden.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32286/59/322865959.jpg>

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 9.11.2019

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **11-mal das Feuer auf Ortschaften der Republik eröffnet.**

In **Richtung Gorlowka** haben Strafsoldaten Kaschtschenkos aus der 58. Brigade die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** in Gorlowka mit Antipanzergranatwerfern beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer Kokorews aus der 92. und Martschenkos aus der 28.

Brigade **Wasiljewka, Mineralnoje, Krutaja Balka, Staromichajlowka, Losowoje** und das **Gelände des Flughafens** sowie die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** von Donezk mit 120mm-Mörsern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Brigade Gnatows **Leninskoje** und **Kominternowo** mit 82mm-Mörsern, Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt haben die ukrainischen Kämpfer auf das Territorium der Republik 22 verschiedene Geschosse abgefeuert.

Informationen über Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Wir haben mehrfach über das kritisch hohe Niveau von **Korruption in den Verbänden und Truppenteilen in der OOS-Zone** berichtet. Das Kommando der Gruppierung, als

unmittelbares Glied der Korruptionskette deckt die Verbrecher in Uniform in jeglicher Weise. Der in die Machenschaften verwickelte SBU schließt auch die Augen davor. Aber das

Ausmaß an Unterschlagungen hat einen solchen Grad angenommen, dass sich das Staatliche Ermittlungsbüro einmischen musste, dass sich mit der Ermittlung bei

Strafangelegenheiten in Bezug auf Kriegsverbrechen befasst, die von höchsten Funktionsträgern begangen wurden, die die Möglichkeit haben, auf den Verlauf des

Strafverfahren Einfluss zu nehmen und einer Bestrafung zu entgehen. Aber die Korruption hat so tiefe Wurzeln, dass auch dieses einflussreiche Staatsorgan nicht im ganzen auf die Situation einwirken kann.

So wurde in der 43. Artilleriebrigade der Kommandeur einer Batterie festgenommen, der Treibstoff, der für Militärtechnik vorgesehen war, verkaufte. Nach vorläufigen Berechnungen wurde Treibstoff in einer Gesamtsumme von mehr als 250.000 Griwna verkauft. Es ist offensichtlich, dass der Batteriechef den Diebstahl mit dem „Segen“ seines Vorgesetzten, des Kommandeurs der 43. Artilleriebrigade Oberst Dorochow beging, der im Vorfeld der Ernennung in eine hohe Funktion „das Mark aus den Knochen“ der Brigade saugt. Als das Schema der Korruptionskette entdeckt wurde, war der Kommandeur der Batterie aufgrund von Drohungen mit Vergeltung an seiner Familie gezwungen, die gesamte Schuld auf sich zu

nehmen.

So verlieren trotz aller Anstrengungen der Führung der Ukraine zur Ausrottung von Korruptionsmachenschaften im militärischen Bereich nach wie vor nur niedere Offiziere ihre Freiheit, und die Festnahme des Hauptmanns ist dafür eine weitere Bestätigung.

Die Folgen davon, dass das Verteidigungsministerium der Ukraine auch Personen mit nicht traditioneller sexueller Orientierung zum Militärdienst zulässt, werden sichtbar.

So hat gestern im Gebiet von Andrejewka in Richtung Mariupol ein Soldat der 1. Kompanie eines Panzerbataillons der 128. Gebirgsturmbriade mit einer AK-74 auf den Kommandeur eines Panzers Fähnrich Grizjuk geschossen, der mit einer Verletzung am Bauch in das Zentralkrankenhaus von Wolnowacha eingeliefert wurde. Ursache des Vorfalles war Eifersucht des Soldaten gegenüber dem Fähnrich, der seinen Aufmerksamkeit auf einen anderen Kameraden gerichtet hatte.

mil-Info: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponenko

Um die Einheiten der Volksmiliz zu erwidern den Handlungen zu provozieren, setzt der Gegner den Beschuss des Territoriums der LVR fort. In den letzten 24 Stunden haben die BFU **einmal das Regime der Feueinstellung verletzt**.

In **Richtung Debalzewo** haben Kämpfer der 59. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Schapowalow das Gebiet von **Nishneje Losowoje** mit Antipanzergranatwerfern beschossen. Leider gab es Opfer. Bei der Verteidigung unserer Republik **starb ein Soldat der Volksmiliz** durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte. Wir äußern den Verwandten des Toten unser Mitgefühl und rufen die OSZE-Mission auf, eine rechtliche Bewertung der Handlungen der ukrainischen Truppen abzugeben und Kiew zu zwingen, die erreichte Vereinbarung einzuhalten.

Die Besatzer stationieren weiter Waffen und Militärtechnik in Ortschaften auf von ihnen kontrolliertem Territorium.

Unsere Aufklärung hat die Stationierung von zwei Schützenpanzern im Verantwortungsbereich der 14. Brigade am Rand von Krymskoje entdeckt.

Außerdem setzten die ukrainischen Truppen weiter aktiv Drohnen an der Kontaktlinie ein. Gestern haben Luftabwehreinheiten der Volksmiliz der LVR im Gebiet von Wesjanoje ein **Drohne des Gegners vom Typ „Phönix“ entdeckt und abgeschossen**, die Luftaufklärung über dem Territorium unserer Republik betrieb. Der Kommandeur der 14. Brigade Wojtschenko hat ein weiteres Beobachtungsmittel verloren. Die Materialien aus der Drohne werden von unseren Spezialisten untersucht.

Die nicht vom Präsidenten der Ukraine kontrollierten nationalistischen Formationen ignorieren offen die Anweisungen des Stabs der OOS und der militärisch-politischen Führung der Ukraine über die Trennung von Kräften und Mitteln im Gebiet von Solotoje. Aktive Erklärungen von Anführern der nationalistischen Formationen zeugen von der Nichtübereinstimmung in Fragen des Abzugs der Truppen von der Kontaktlinie, was die Durchführung verschiedener Arten von Provokationen nicht ausschließt, um in der Folge die Soldaten der LVR zu beschuldigen.

So haben wir Fälle bemerkt, dass die Positionen, die von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte am Trennungsabschnitt Nr. 2 Solotoje verlassen wurden, von Nationalisten in Zivilkleidung und Uniform besucht wurden. Nach unseren Informationen verstecken die Nationalisten Waffen und Munition in Verstecken auf den von den Kiewer Truppen verlassenen Positionen. Der Fall von Anwesenheit von unbefugten Personen in der Trennungszone wird auch von Vertretern der OSZE-Mission bemerkt.

Wir erhalten weiter Informationen über **Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten in den Einheiten der BFU**, die sich in der Zone der Strafoperation befinden. So führt das Kommando der 14. Brigade eine Ermittlung zum Fall einer Schussverletzung eines Soldaten

des 2. mechanisierten Bataillons in Krymskoje durch. Der Soldat wurde infolge von unvorsichtigem Umgang mit der Waffe in betrunkenem Zustand verletzt. Traditionsgemäß wird der Fall von nicht kampfbedingtem Verlust vom Brigadekommando gegenüber dem übergeordneten Stab als Ergebnis von Beschuss dargestellt.

de.sputniknews.com: **Kein Atomphysik-Zentrum in Fordo: Iran weicht von Atomabkommen ab – Medien**

Der Iran wird einer Mitteilung des Staatssenders IRIB zufolge die unterirdische Atomanlage in Fordo nicht in ein internationales Zentrum umwandeln und lehnt damit eine weitere Bestimmung des Wiener Atomabkommens ab. Inzwischen reichert das Land Uran nun bis auf fünf Prozent an, meldet die AFP am Samstag.

Behrouz Kamalvandi, der Sprecher der iranischen Atomenergie-Organisation (AEOI), habe angekündigt, der Iran werde eine Reihe der im gemeinsamen umfassenden Aktionsplan (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPoA) verankerten Verpflichtungen aufgeben. Dies gelte auch für jenen Punkt, der einen Umbau der Anlage in Fordo zu einem internationalen Atomphysik-Zentrum vorsieht.

Kamalvandi zufolge werden die Inspektoren der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) voraussichtlich am 10. November im Iran eintreffen, um die in der Fordo-Anlage angereicherten Proben zu untersuchen.

Am 6. November hat der Iran zum vierten Mal die Erfüllung seiner Verpflichtungen im Rahmen des gemeinsamen umfassenden Aktionsplans (JCPoA) abgelehnt. Berichten zufolge begann das Land, Zentrifugen zur Urananreicherung in einer Anlage in Fordo einzusetzen. Dabei sieht das Atomabkommen vor, dass der Komplex in Natans der einzige für solche Zwecke sein soll.

Inzwischen teilte die Agentur RIA Novosti unter Berufung auf Behrouz Kamalvandi mit, Teheran beabsichtige, die Zusammenarbeit mit Russland in Bezug auf stabile Isotope in der Fordo-Anlage fortzusetzen. Dies sei Teil des Atomdeals, hieß es.

„Wir können sagen, dass wir auch ohne Russland weiterarbeiten könnten, aber wir würden es vorziehen, dass Russland aus einer Reihe von Gründen dabei bleibt“, zitiert die Agentur Kamalvandi.

Russland habe viel Erfahrung in der Herstellung von stabilen Isotopen, fügte er hinzu. Die Zusammenarbeit mit Russland werde auch in anderen Bereichen fortgesetzt, hieß es weiter. Am 10. November würden beide Seiten mit dem Bau des zweiten Blocks des Kernkraftwerks Bushehr im Süden des Irans beginnen.

Dem internationalen Atomabkommen von 2015 zufolge darf der Iran maximal 130 Tonnen schweres Wasser und 300 Kilogramm bis auf 3,67 Prozent angereichertes Uran besitzen. Überschüssige Mengen müssen exportiert werden.

Doch hatte zuvor die IAEO bestätigt, dass der Iran die Obergrenze seiner zulässigen Vorräte von 300 Kilogramm überschritten habe.

Dnr-sckk.ru: **Kommentar des Leiters der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow**

... Die Volksmiliz der DVR und die BFU haben synchron den Abzug ihrer Einheiten vom Trennungsabschnitt begonnen. Die OSZE-Mission hielt im Protokoll den Abzug von 14 Mann, einem Maschinengewehr „Utjos“ und einem automatischen Granatwerfer von Seiten der DVR fest. Die Mission bestätigte auch, dass von der ukrainischen Seite ein entsprechender Befehl zum Abzug der Waffen gegeben wurden, die Beobachter haben die Bewegung von Schützenpanzern festgehalten.

Gemäß dem Zeitplan, der von der Kontaktgruppe bestätigt wurde, sind für den Abzug drei Tage vorgesehen. Angesichts der unwesentlichen Verstöße von unserer Seite war der Abzug des Personals der Volksmiliz der DVR heute gegen 15 Uhr vollständig abgeschlossen. Die

ukrainische Seite braucht alle drei Tage zur Beseitigung der Verstöße. ...

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU heute um 14:15 Uhr das Feuer aus Richtung Majorsk in Richtung der Umgebung von **Gorlowka, Siedlung des Bergwerks 6/7** mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen 120mm-Mörsern, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen eröffnet.

Infolge des Beschusses wurden folgende Häuser beschädigt:

- Semnuchow-Straße 12 (Dach beschädigt);
- Semnuchow-Straße 25 (Fensterverglasung beschädigt);
- Saslawskij-Straße 21, 42, 44 (jeweils die Fensterverglasung beschädigt).

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden nicht festgestellt.

de.sputniknews.com: **USA mahnen Serbien: Kooperation mit Russland zieht Sanktionen nach sich**

Der Sonderbeauftragte des US-Außenministeriums, Thomas Zarzecki, hat den 1. Vizepremier und Außenminister Serbiens, Ivica Dačić, an die Regeln für die Sanktionsverhängung gegen Drittländer im Falle ihrer Zusammenarbeit mit russischen Verteidigungsstrukturen erinnert, teilte das serbische Außenamt mit.

Das US-Sanktionsgesetz CAATSA wurde im Jahr 2017 angenommen und sieht Sanktionen gegen Russland, den Iran und die KDVR sowie gegen jene Drittländer vor, die mit den genannten Ländern eine militärtechnische Zusammenarbeit betreiben.

Serbiens Präsident Aleksandar Vučić hatte Ende Oktober bei den Militärübungen „Slawischer Schild“ bestätigt, dass Belgrad in Russland einen Fla-Raketekomplex Panzir-S bestellt habe, und den Wunsch Serbiens hervorgehoben, ein Fla-Raketensystem S-400 zur Verfügung zu haben. Die serbischen Behörden hatten bereits früher sieben Hubschrauber Mi-17 und Mi-35 sowie sechs Jagdflugzeuge MiG-29 und zehn Schützenpanzerwagen BRDM-2MS im Rahmen eines militärtechnischen Hilfsprogramms erhalten. Auch China hat der serbischen Armee Kampftechnik und militärische Ausrüstung übergeben.

„Das Ziel des Besuchs von Thomas Zarzecki besteht darin, die zuständigen Organe der Republik Serbien über die wichtigsten Teile des ‚Gesetzes über den Widerstand gegen die US-Gegner durch Sanktionen‘ zu informieren, insbesondere über Artikel 231, der die Möglichkeit der Verhängung von US-Sanktionen gegen natürliche und juristische Personen betrifft, welche mit dem Aufklärungs- und Sicherheitssektor Russlands zusammenarbeiten. Vor seiner Ankunft in Serbien hatte Zarzecki noch weitere 60 Staaten besucht“, teilte das serbische Außenministerium mit.

„Während des Empfangs bei Minister Dačić und im anschließenden Gespräch mit Experten des Außenministeriums wurde die Bedeutung einer sehr guten Zusammenarbeit zwischen Serbien und den USA, besonders in den Bereichen von beiderseitigem Interesse, hervorgehoben“, hieß es aus dem serbischen Außenministerium.

Vučić hatte am Mittwoch erklärt, dass „die Bürger Serbiens sich nicht wegen einer voraussichtlichen Sanktionsverhängung seitens der USA beunruhigen sollten“. Denn solche Beschlussfassungen würden lange dauern „und juristische und natürliche Personen, aber nicht das Volk insgesamt betreffen“.

Dan-news.info: Am Samstag, dem 9. November, fand im Zentrum für slawische Kultur in der Hauptstadt eine feierliche **Veranstaltung zum Tag der Mitarbeiter der Organe des Innenministeriums der DVR** statt. Das Oberhaupt der Republik Denis Puschilin gratulierte allen, die das Gesetz schützen, zum Berufsfeiertag und zum fünften Jahrestag der Gründung des Innenministeriums der DVR.

Der Innenministerium wurde eine Fahne „als offizielles Symbol, für die Ehre, den Mut, den

Ruhm und die Treue zur Pflicht“ überreicht. Puschilin überreichte sie persönlich dem Innenminister Alexej Dikij.

„Die Gesellschaft stellt heute sehr hohe Anforderungen an Sie. Ein Mensch in Polizeiuniform verkörpert die Staatsmacht und das Gesetz, aber das reicht nicht aus. Er muss auch die Gerechtigkeit verkörpern. Sich Vertrauen zu verdienen und auf hohem Niveau zu erhalten, ist nur durch ein verantwortungsvolles Verhalten gegenüber der Sache, durch Aufmerksamkeit gegenüber den Problemen jedes einzelnen und vor allem durch fachkundige und professionelle Arbeit möglich. Ich bin davon überzeugt, dass Sie diese Aufgabe bewältigen werden“, sagte Puschilin.

Das Oberhaupt der DVR überreichte den Mitarbeitern der Organe des Innenministeriums Auszeichnungen. Elf Rechtsschützer wurden mit der Medaille „Für Mut bei der Arbeit“ und „Für Verdienste gegenüber der Republik“ ausgezeichnet. Vier von ihnen erhielten diese Auszeichnung postum.

Der Tag der Mitarbeiter der Organe des Innenministeriums der DVR ist jedes Jahr am 10. November. An diesem Tag ist auch der analoge Feiertag in Russland und früher in der UdSSR, der Tag der sowjetischen Miliz.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2019/11/dan-news.info-2019-11-09_13-10-51_687997-den-mvd-091119-10.jpg

abends:

de.sputniknews.com: **Wohin fließt Profit von syrischem Öl? Türkischer Außenminister kritisiert USA**

Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu hat die USA für die Aussagen des Pentagon-Sprechers über den Profit von den Ölraffinerien in Syrien kritisiert, den angeblich die „Demokratischen Kräfte Syriens“ (SDF) erwirtschaften.

Zuvor hatte der Pentagon-Sprecher Rath Hoffman versichert, dass der Profit vom syrischen Öl an die kurdischen Formationen der „Demokratische Kräfte Syriens“ und nicht an die USA gehen würde.

„Keiner hat das Recht auf Verfügung über Syriens Reichtümer. Aus der Ferne von Zigtausenden Kilometern hierher zu kommen und von der Einschätzung der Ölvorkommen dieses Landes zu sprechen – das widerspricht dem Völkerrecht. Sie (die USA) gestehen offen, dass sie sich dort wegen der Erdölvorkommen befinden, doch diese gehören dem syrischen Volk“, erklärte Çavuşoğlu, den die Zeitung „Hurriyet“ zitiert.

Etwa 90 Prozent der syrischen Ölförderung sind im Osten des Euphrats konzentriert, der zuvor Hochburg und Hauptquelle des Gewinns für IS-Terroristen war und sich aktuell hauptsächlich unter der Kontrolle der mit den USA alliierten kurdischen Abteilungen der „Demokratischen Kräfte Syriens“ befindet.

Im Oktober hatte der US-Präsident Donald Trump, der zuvor die Absicht bekundet hatte, alle US-Kräfte aus diesen Gebieten abzuziehen, erklärt, dass ein Teil des Militärs dort bleiben werde, um „das Öl vor IS-Kämpfern zu schützen“. Er betonte, dass „es vielleicht höchste Zeit ist, dass die Kurden sich in diese Öl-Region begeben“, und erläuterte es damit, dass „sie Geld brauchen“.

Dabei fügte Trump hinzu, dass „wir es so einrichten können, dass ein großes Ölunternehmen dort auftauchen und alles richtig machen wird“.

Später erklärte der Pentagon-Chef Mark Esper, dass die USA die Ölvorkommen in Syrien verteidigen und mit Gewalt auf Versuche reagieren würden, diese einzunehmen. Nach seinen Worten würden die US-Soldaten weder Russland noch syrisches Militär dorthin lassen. Laut einer Mitteilung der Agentur Associated Press würden die US-Militärs den bedeutenden Teil des Territoriums verteidigen, den die syrischen Kurden kontrollieren und der sich von Deir ez-Zor bis nach al-Hasaka erstreckt. Es ist bereits bekannt, dass auf diesem Territorium Militärstützpunkte gebaut werden sollen. Allerdings wird betont, dass die genaue Ausdehnung des Territoriums noch festzulegen sei.

In Moskau wurden die Versuche der USA, ihre Militärpräsenz im Nordosten Syriens im Gebiet der Erdölvorkommen zu erhalten, als inakzeptabel bezeichnet. Russlands Außenminister Sergej Lawrow erklärte, dass die USA auf Kosten der Erdöleinnahmen in Syrien die ihnen loyalen Formationen unterstützen würden. Der offizielle Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, unterstrich, dass die USA von der Ölförderung in Syrien monatlich über 30 Millionen Dollar bekommen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31869/70/318697014.jpg>

Armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 9. November 2019

Der Gegner unterlässt die Versuche nicht, die Situation an der Kontaktlinie durch eine Steigerung der Intensität des Beschusses des Territoriums unserer Republik zu destabilisieren, und verletzt dabei grob die Minsker Vereinbarungen. Während an einzelnen Abschnitten ein Prozess der friedlichen Regelung durch Trennung der Seiten läuft, wählen die unlenkbaren Strafruppen der BFU weiterhin zivile Infrastruktur und Häuser friedlicher Einwohner als ihre Ziele.

Heute haben Kämpfer Kaschtschenkos aus der 58. Brigade die **Siedlung des Bergwerks 6/7 in Gorlowka** und **Sajzewo** mit 120mm-Mörsern, automatischen Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. Infolge des Beschusses

wurden Schäden an Häuser in der Siedlung des Bergwerks 6/7 in der Semnuchow-Straße 12 und 25, und der Saslawskij-Straße 21, 42 und 44 festgestellt. In Sajzewo in der Poletajewa-Straße 140.

Informationen über Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Die Handlungen der ukrainischen Besatzer werden nicht unbestraft bleiben, für jeden Beschuss des Territoriums unserer Republik wird der Feind die verdiente Strafe erhalten.

Wir rufen die internationalen Beobachter der OSZE-Mission auf, sich in der Geschehen einzumischen und Einfluss auf die BFU auszuüben, um sie zur Einhaltung eines nachhaltigen Regimes der Feueinstellung zu zwingen.

de.sputniknews.com: **Iran will keine Atomwaffen besitzen – Vizeaußenminister**

Teheran wird laut dem Vizeaußenminister des Irans, Abbas Araghchi, unter keinen Umständen Atomwaffen herstellen oder erwerben.

„Tatsächlich hat der gemeinsame umfassende Aktionsplan (JCPOF) kein Ablaufdatum. Die Verpflichtung des Irans, keine Atomwaffen zu besitzen, ist dauerhaft, wie im allerersten Absatz des JCPOA angegeben, der besagt, dass der Iran bestätigt, dass er unter keinen Umständen Atomwaffen herstellen oder erwerben wird“, erklärte Araghchi auf der Moskauer Konferenz über nukleare Nichtweiterverbreitung. ...

de.sputniknews.com: **Iran sieht sich nicht zu Zugeständnissen durch US-Druck gezwungen**

Der US-Druck auf den Iran wird nach Einschätzung des Vizeaußenministers Abbas Araghchi keine Zugeständnisse von Teheran erzwingen.

„Es handelt sich um einen Wirtschaftskrieg, und diese Definition ist nicht von mir, das sind Trumps Worte, dass er einen Wirtschaftskrieg gegen den Iran angezettelt hat. Unter diesen Umständen, unter den Umständen eines Wirtschaftskrieges verhandeln wir nicht. Wir werden dem Druck nicht nachgeben, zunächst soll es eine Waffenruhe geben. Diese soll für die beiden Seiten gelten, damit sie zu ihren Ausgangspositionen zurückkehren. Der Iran ist dazu bereit“, sagte Araghchi auf der Konferenz zur Nichtverbreitung von Atomwaffen in Moskau.

Er warnte daraufhin davor, dass der internationale Atomdeal in Gefahr wäre, sollte in naher Zukunft kein Durchbruch angesichts des Gemeinsamen umfassenden Aktionsplans (JCPOA) erzielt werden.

„Es ist noch ein Jahr bis zu den US-Wahlen, aber wenn wir keine Lösung zum Atomabkommen finden und nicht wissen, wie wir aus der Krise, in der wir gerade stecken, in den kommenden Monaten herauskommen können, denke ich, dass der Deal sogar einige Monate vor den US-Wahlen platzen könnte“, so Araghchi.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32597/09/325970921.jpg>

de.sputniknews.com: **Nach Sotschi-Memorandum: Putin und Erdogan besprechen Lage in Syrien**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat am Samstag in einem Telefongespräch mit seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan die jüngsten Entwicklungen in Syrien besprochen und sein Festhalten an der Vereinbarung von Sotschi bekräftigt.

Ein weiteres Thema seien die russisch-türkischen Beziehungen sowie Maßnahmen zur Förderung des Handels zwischen den beiden Staaten gewesen, teilte Erdogans Administration mit.

Russlands Präsident Wladimir Putin traf sich am 22. Oktober mit dem türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdogan in Sotschi am Schwarzen Meer, um mit ihm den Syrien-Konflikt zu besprechen. Die Verhandlungen haben insgesamt mehr als sechs Stunden gedauert. Im Endeffekt haben sich Moskau und Ankara auf ein Memorandum zur Lage in Syrien geeinigt. Die Vereinbarung sieht unter anderem russisch-türkische Patrouillen im Grenzgebiet zur Türkei mit Ausnahme der Stadt Kamisli vor. Der erste gemeinsame Einsatz im Norden Syriens startete am 1. November. Über die zweite Patrouille berichtete am Dienstag das russische Verteidigungsministerium. ...